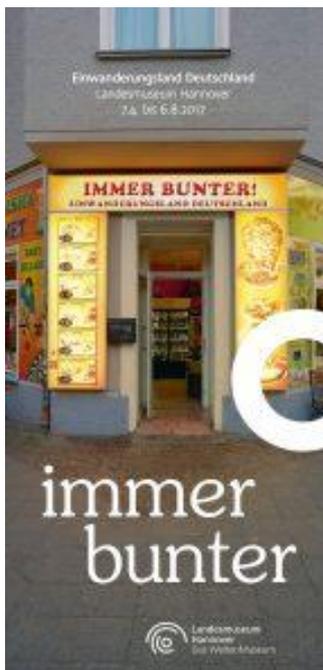




Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Einwanderung prägte und prägt unser Bundesland seit seiner Gründung vor nun mittlerweile 71 Jahren. Niedersachsen nimmt seit seiner Entstehung im Jahr 1946 Menschen aus zahlreichen anderen Regionen und Herkunftsländern auf und blickt auf eine lange Einwanderungsgeschichte zurück. Denken wir nur an die Vertriebenen nach Kriegsende 1945, die damals sogenannten „Gastarbeiter“ der 60er Jahre, die Aussiedler und Spätaussiedler aus Osteuropa und der früheren Sowjetunion, die „Boat People“ als Folge des Vietnamkrieges und nicht zuletzt die Geflüchteten aus den Kriegs- und Krisengebieten des Balkans Anfang der 1990er Jahre. Unser Bundesland und die Bundesrepublik Deutschland haben bis heute in fast jedem Jahrzehnt eine hohe Integrationsleistung vollbracht – auch wenn dies rückblickend nicht immer konflikt- und fehlerfrei verlief.



Am heutigen Tage wird die **Ausstellung „Immer bunter. Einwanderungsland Deutschland“** im Landesmuseum Hannover offiziell eröffnet. Sie steht bis Ende August allen interessierten Besucherinnen und Besuchern offen. Gern möchte ich Sie im Namen des Bündnisses „Niedersachsen packt an“ auf diese besondere und spannende Sammlung aufmerksam machen: Sie zeigt mehr als 800 Original-Exponate der deutschen Migrationsgeschichte seit dem Zweiten Weltkrieg und erzählt Geschichten der Zuwanderung aus den unterschiedlichsten Perspektiven.

Die Ausstellungsstücke bilden die Diskussion um Integration und Assimilation ab; sie thematisieren Ansichten über Identität, Zugehörigkeit, den Umgang mit fremden Kulturen und Religionen, aber auch Parallelgesellschaften. Die daraus abgeleiteten Fragestellungen sind in ihrer Aktualität ungebrochen und ebenso Anliegen wie Kern unserer Bündnis- Arbeit.

Die Ausstellung war bereits in Bonn, Berlin und Leipzig zu sehen. Hannover wird die vorerst letzte Etappe sein. Das Ende des Ausstellungsrundgangs wurde eigens für Hannover neu konzipiert, um Bezüge zur aktuellen gesellschaftspolitischen Debatte um Zuwanderung aufzugreifen. Diese Debatte erlebte Ende 2015 und 2016 einen Höhepunkt und begleitet uns fortan tagtäglich. Die Ausstellung hat ein originelles und zugleich beeindruckendes Finale erhalten – Lassen Sie sich überraschen!

Auch das Bündnis „Niedersachsen packt an“ erhält – eingebettet in den Rundgang – Gelegenheit, sich zu präsentieren.

Ihr
Ministerpräsident
Stephan Weil

Veröffentlicht am [5. April 2017](#) Kategorien [Editorial](#), [Info-Service 03/2017](#)



Hannover – 1000ster ausländischer Berufsabschluss anerkannt

In Hannover wurde im März 2017 die 1000ste Anerkennung eines im Ausland erlernten Berufs von Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil überreicht.

Deutschlandweit kommt jede zehnte Anerkennung ausländischer Abschlüsse bei den IHK-Berufen aus der Region Hannover – im Vergleich zum Bundesdurchschnitt werden hier doppelt so viele Anerkennungen zum Erfolg geführt.



Massar Lamine Fall mit dem Anerkennungsbescheid

Vor einem halben Jahr ist Massar Lamine Fall nach Deutschland zugewandert. Der 29-jährige Senegalese hat seine Ausbildung zum „Brevet de Technicien en Restauration“ in Dakar absolviert. Bei der IHK Hannover hat er das 1000ste Anerkennungsverfahren mit der vollen Gleichwertigkeit zum deutschen Ausbildungsberuf Koch nun erfolgreich abgeschlossen.

„Das Beispiel von Massar Lamine Fall zeigt, wie wichtig gute Integration für die Betroffenen selbst und unsere Gesellschaft ist. Ich danke der IHK Hannover für ihr großes Engagement bei der Berufsankennung. Ihre Arbeit ist eine wichtige Voraussetzung für die Arbeitsmarktintegration zugewanderter Menschen und kann damit auch ein wesentlicher Baustein bei der Bekämpfung des Fachkräftemangels in Niedersachsen sein“, sagte Ministerpräsident Stephan Weil bei der Übergabe des Bescheids.

Hintergrund:

Zuwanderer und Flüchtlinge, die ihren Beruf im Ausland erlernt haben, können ihre Abschlüsse seit gut fünf Jahren in Deutschland anerkennen lassen. Die Industrie- und Handelskammer Hannover bietet für die Anerkennungsverfahren in den Regionen der IHK Hannover und der IHK Braunschweig einen speziellen Service zur ortsnahen Bearbeitung und Entscheidung an, der in Deutschland einmalig ist.

In der Anerkennungsstelle der IHK Hannover ist eine Anerkennung bisher durch Zuwanderer aus Polen, Spanien, der Türkei und Russland am häufigsten gefragt. Erfolgreich anerkannt wurden aber auch bereits Abschlüsse aus Uganda, Mali, der Mongolei und Nepal. Stark angewachsen sind im letzten Jahr die Anerkennungsverfahren bei Flüchtlingen und hier insbesondere die Anerkennung von Abschlüssen aus Syrien.



IHK-Präsident Dr. Christian Hinsch, Massar Lamine Fall und Ministerpräsident Stephan Weil

Auf dem Arbeitsmarkt besonders nachgefragt sind Zuwanderer, die einen Abschluss aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich mitbringen. Über ein Drittel aller Anerkennungen durch die IHK Hannover wurde bisher allein für Berufe aus der Metall- und Elektrotechnik ausgesprochen. Geprüft werden kann die Gleichwertigkeit für mehr als 250 IHK-Ausbildungsberufe von Köchen bis zu Mechatronikern. Bei über 60 Prozent aller bisher geprüften Qualifikationen konnte der ausländische Abschluss sofort einem deutschen Ausbildungsberuf gleichgestellt und anerkannt werden.

In den übrigen Fällen erhalten die Zuwanderer von der IHK konkrete Hilfestellung, welche Qualifikationen noch fehlen und wie diese durch gezielte Weiterbildung erworben werden können, um die vollständige Anerkennung ihres Berufes in Deutschland zu erreichen.

Fotos: IHK Hannover/ Fotograf: Christian Burkert



„Wir brauchen Klarheit, ob jemand bleiben kann“. Interview mit Regionspräsident Hauke Jagau

Der Integration Zugewanderter steht die Vielzahl von Paragrafen entgegen, beklagte der Regionspräsident der Region Hannover kürzlich auf einer Pressekonferenz. Wir haben Hauke Jagau um Details gebeten.

Herr Jagau, unter welchen rechtlichen Bedingungen kann Integration erfolgreich verlaufen?

Die Gesellschaft muss die Qualifikationen und Kompetenzen der Menschen nutzen. Dazu gehört, dass wir Studienabschlüsse und berufliche Qualifikationen, die im Ausland erworben wurden, leichter anerkennen. Wir müssen solche Fragen weniger formal und statisch handhaben.

Paragrafen reagieren auf Bedarfe. Haben wir dennoch zu viele?

Definitiv. Es gibt allein 63 verschiedene rechtliche Möglichkeiten für einen Aufenthaltstitel.

Welche bürokratischen Hürden können aus Ihrer Sicht weg?

Wenn man alles aufzählen wollte, bräuchte man mehrere Seiten. Aus meiner Sicht ist ein zentraler Punkt, dass sich die Abstimmung zwischen den Behörden oft schwierig gestaltet. Es gibt unterschiedliche Gesetze, die angewendet werden. Das macht es in der Praxis oft schwierig, zu vernünftigen Ergebnissen zu kommen.

Viele Gemeinden machen derzeit eine unangenehme Erfahrung: Zugewanderte, die sich gut integriert haben, werden wieder in ihre Herkunftsländer geschickt.

Integration setzt die Sicherheit voraus, bleiben zu dürfen. Menschen, die wissen, dass sie bleiben dürfen, sind ganz anders motiviert sich zu integrieren. Auf diese Menschen sollten wir unsere

Anstrengungen konzentrieren. Voraussetzung ist, dass es schnell Klarheit gibt, ob jemand bleiben kann. Es gibt Fälle, in denen Menschen bald zehn Jahre in Deutschland leben und beruflich Fuß gefasst haben. Die Kinder machen gute Schulabschlüsse – und dann kommt die Entscheidung, dass sie ausreisen müssen. Solche Hängepartien sind ein Problem. Menschen, die hierher kommen, erwarten eine sinnvolle Lebensgestaltung, wollen sich beruflich entwickeln und Geld verdienen. Das muss für jene, die hier bleiben, auch schnell möglich sein.

Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?

Davon bin ich überzeugt. Ein modernes Einwanderungsgesetz würde nicht den Zuzug beschränken, sondern sinnvoll regeln – unabhängig von der Flüchtlingsfrage. Wenn wir in Deutschland weiterhin wirtschaftlich erfolgreich sein wollen, werden wir Zuzug brauchen. Es muss auch außerhalb des Asylverfahrens einen geregelten Zugang geben für Menschen, die dringend benötigte Qualifikationen vorweisen. Und das darf nicht erst ab einem Jahreseinkommen von knapp 40.000 Euro gelten.

In welcher sozialen und gesellschaftlichen Lage sehen Sie das Gros der Geflüchteten mit Bleibeperspektive in zehn Jahren?

Die Geflüchteten, die bleiben dürfen, werden sich bis dahin integriert haben. Sie werden die deutsche Sprache beherrschen, berufliche Perspektiven entwickelt haben und finanziell auf eigenen Füßen stehen.

Bildnachweis: Sandra Wille, Region Hannover

Veröffentlicht am [5. April 2017](#) Kategorien [Info-Service 03/2017](#), [Stimmen](#)



Fast jeder zweite Muslim in der Flüchtlingshilfe aktiv

Bertelsmann-Stiftung legt neue Studie vor

Einer Studie der Bertelsmann-Stiftung zufolge bringen sich Muslime in Deutschland noch stärker in die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe ein als Mitglieder anderer Konfessionen oder Atheisten.

Insbesondere Muslime fallen durch ein starkes Engagement auf: 44 Prozent der befragten Muslime haben sich im Jahr 2016 für Geflüchtete engagiert, verglichen mit 21 Prozent der Christen und 17 Prozent der Konfessionslosen. Vorurteile, Muslime würden sich wenig bis gar nicht in der Flüchtlingshilfe beteiligen und kaum gesellschaftliche Verantwortung übernehmen, treffen somit nicht zu.

Auch die Annahme, Muslime würden die Flüchtlingshilfe für eine religiöse Einflussnahme missbrauchen, sind laut aktuellem Religionsmonitor 2017 haltlos. Allenfalls bei ein bis zwei Prozent der Helfer kann von einer Absicht, Geflüchtete zu radikalisieren, gesprochen werden. Die große Mehrheit der Muslime wirbt hingegen für eine offene Haltung gegenüber anderen Religionen. Sie setzen sich damit für demokratische Grundprinzipien ein.

Durch ihre eigenen Integrationserfahrungen und ihre demokratischen Kompetenzen können engagierte Muslime in der Flüchtlingshilfe ein Vorbild sein, wie Integration in einer vielfältigen Gesellschaft gelingt. „Muslime sind mit ihrem Engagement in der Flüchtlingshilfe wichtige Brückenbauer in unsere Gesellschaft“, sagt Stephan Vopel, Experte für gesellschaftlichen Zusammenhalt der Bertelsmann Stiftung.

Rund ein Fünftel der deutschen Bevölkerung hat sich 2016 für Flüchtlinge engagiert – die meisten von ihnen regelmäßig. Durch die Flüchtlingshilfe erreicht das Ehrenamt Bevölkerungsteile, die sich bislang wenig engagiert haben: junge Erwachsene, Menschen mit niedrigem Einkommen und Personen mit Migrationshintergrund. Durch die Flüchtlingshilfe gestalten diese Gruppen die Gesellschaft mehr und mehr aktiv mit. Ebenfalls auffällig ist das intensive Engagement der ostdeutschen Bevölkerung: So engagiert sich jeder fünfte ostdeutsche Flüchtlingshelfer regelmäßig mehrmals die Woche; unter den westdeutschen Engagierten ist nur jeder zehnte so aktiv.

Hintergrund

Der Religionsmonitor der Bertelsmann Stiftung untersucht anhand von repräsentativen Bevölkerungsumfragen die Rolle von Religion und religiöser Vielfalt für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Am Religionsmonitor 2017 haben sich insgesamt über 10.000 Menschen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien sowie der Türkei beteiligt.

Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung hat Professor Alexander K. Nagel von der Universität Göttingen gemeinsam mit der Projektleiterin des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung, Yasemin El-Menouar, anhand dieser Daten analysiert, welche Rolle Religion für das Engagement für Geflüchtete einnimmt. Die vorliegende Studie ist der Auftakt einer Publikationsreihe zum Religionsmonitors 2017. In Deutschland bringen sich noch stärker in die ehrenamtliche Flüchtlingshilfe ein als Mitglieder anderer Konfessionen oder Atheisten.

Quelle und weitere Informationen finden Sie auf der [Website der Bertelsmann-Stiftung](#)

Foto: © Shutterstock / Monkey Business Images

Veröffentlicht am 5. April 2017 Kategorien Fundstücke, Info-Service 03/2017

Zum ersten Mal landesweit tätige Migrantenorganisation als freier Träger der Jugendhilfe anerkannt

Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt überreicht Anerkennungsbescheinigung an die Föderation türkischer Elternvereine in Niedersachsen e.V.

Niedersachsens Sozialministerin Cornelia Rundt hat jetzt der Föderation der türkischen Elternvereine in Niedersachsen e.V. (FöTEV-Nds. e.V.) als erster Migrantenorganisation des Landes eine Anerkennungsbescheinigung als freier Träger der Jugendhilfe überreicht.

FöTEV-Nds. e.V. ist ein landesweiter Dachverband von migrantischen Elternvereinen sowie Vereinen, die sich im Bereich Erziehung und Bildung engagieren.

„FöTEV setzt sich als überkonfessioneller, säkularer sowie parteipolitisch und ethnisch unabhängiger Verband seit 2012 mit viel Sachverstand, Herz und Engagement landesweit für die Interessen von Eltern und Kindern mit und ohne Migrationshintergrund ein“, sagte Seyhan Öztürk, Vorsitzende von FöTEV-Nds. e.V. bei der Überreichung der Bescheinigung. „Wir verstehen uns als Brückenbauer zwischen Kulturen und insbesondere auch zwischen Eltern und Schulen. Mit der Anerkennung als Träger der freien Jugendhilfe möchten wir jetzt weitergehen – für unsere Kinder und ihre und unsere Zukunft“, so Öztürk.

„Ich freue mich sehr, dass mit der Föderation der türkischen Elternvereine in Niedersachsen e.V. erstmals eine landesweit tätige migrantische Organisation die Anerkennung als freier Träger der Jugendhilfe erlangt“, ergänzte Sozialministerin Rundt. „Das ist ein hervorragendes Beispiel für die gesellschaftliche Öffnung einer migrantischen Organisation auf der einen Seite und für die interkulturelle Öffnung eines Regelsystems wie der niedersächsischen Kinder- und Jugendhilfe auf der anderen. So gelingt Integration und wird eine volle gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht!“

Das 8. Sozialgesetzbuch (SGB VIII) unterscheidet zwischen öffentlichen Trägern der Jugendhilfe und freien Trägern: Öffentliche Träger wie Jugendämter und Landesjugendamt haben u.a. auch den Kinderschutz zu gewährleisten, freie Träger nehmen in eigener weltanschaulicher Verantwortung Jugendhilfepflichten wahr. Diese Pluralität spiegelt auch die Vielfalt der Gesellschaft wider.

Freier Träger der Jugendhilfe zu sein heißt, die fachlichen und personellen Voraussetzungen zu haben, Aufgaben nach dem SGB VIII zu übernehmen oder – wie es in § 75 SGB VIII wörtlich heißt – „einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Erfüllung der Aufgaben der Jugendhilfe“ zu leisten. Damit wird bescheinigt, dass ein Träger der freien Jugendhilfe bereit und in der Lage ist, den gesetzlichen Auftrag des SGB VIII umzusetzen.

„Ich wünsche mir, dass dieser Prozess in allen migrantischen Organisationen und Regelsystemen wie Bildungswesen, Arbeitsmarkt und Gesundheitswesen weiter vorangetrieben wird. Die Zeit des übereinander Sprechens muss endlich vorbei sein. Uns geht es um die Realisierung einer vollen gesellschaftlichen Teilhabe und um ein unaufgeregtes Miteinander“, erklärte Ministerin Rundt.

Niedersachsen versteht unter einer modernen Integrationspolitik insbesondere die Durchsetzung von gesellschaftspolitischen und -rechtlichen Ansprüchen auf Teilhabe und Partizipation an der sozialen Infrastruktur. Dazu müssen Regelsysteme weiter und intensiver interkulturell geöffnet werden.

Niedersachsen unterstützt diese Öffnungsprozesse in vielfältiger Weise, so z.B. im Bereich der Jugendarbeit. Die vom Land geförderten und beim Landesjugendring Niedersachsen e.V. angesiedelten Projekte „NeXTkultur“ und „Generation hoch 3“ stehen den Migranten-Jugend-Selbstorganisationen (MJSO) bei der Einbindung in die gesellschaftlichen Strukturen und die Förderstrukturen Niedersachsens zur Seite:

- Im Rahmen von „NeXTkultur“ werden MJSO u.a. dabei unterstützt, als Jugendverbände ehrenamtliche Jugendarbeit zu leisten. Außerdem werden Kooperationen mit anderen Jugendverbänden initiiert und begleitet. Dafür stehen seit 2014 jährlich 100.000 Euro zur Verfügung.
- Durch das Förderprogramm „Generation hoch 3“ wurden seit Projektbeginn im März 2015 insgesamt 16 Projekte von migrantischen Jugendorganisationen mit einem Fördervolumen von 55.000 Euro durchgeführt.

Veröffentlicht am 5. April 2017 Kategorien Fundstücke, Info-Service 03/2017

19. Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages verabschiedet Resolution „Integration von Flüchtlingen“

Derzeit flüchten so viele Menschen vor Krieg, Verfolgung und Gewalt wie seit dem Zweiten Weltkrieg nicht mehr. In den Jahren 2015 und 2016 haben viele der Flüchtenden verstärkt Schutz und Sicherheit in Deutschland und auch in Niedersachsen gesucht.

Am Anfang stand die herausfordernde Aufgabe der Aufnahme und Unterbringung der Menschen. Diese Aufgabe konnte in den Städten mit viel Engagement und finanziellem Einsatz gemeistert werden. Nun schließt sich die Integration der Flüchtlinge an. Dazu gehört die ganze Breite der Arbeits-, Sozial-, Wohnungs- und Bildungspolitik.

Die Menschen, die zum großen Teil aus ganz anderen Kulturkreisen und gänzlich anderen politischen Systemen zu uns gekommen sind, müssen an die Demokratie und die Lebensweise, die für uns selbstverständlich ist, herangeführt werden.

Auf der 19. Städteversammlung des Niedersächsischen Städtetages am 8. und 9. März 2017 in Hameln wurde das Thema „Integration“ ausführlich diskutiert. Auf dieser Veranstaltung, die eine zentrale Plattform kommunaler Meinungsbildung in Niedersachsen darstellt, wurde die Resolution „Integration von Flüchtlingen“ verabschiedet.

Die Resolution können Sie hier lesen: http://www.nst.de/media/custom/2606_178_1.PDF

Veröffentlicht am 5. April 2017 Kategorien Fundstücke, Info-Service 03/2017



ZUSAMMEN – Lucky Heart & the birds of peace of peace

Am 30. März lud Lucky Heart & „the birds of peace“ zu einem weiteren Event ZUSAMMEN in Bad Fallingbostel ein. Lucky Heart & „the birds of peace“ ist ein Musikprojekt des Musikers und Komponisten Daniel Denecke. Dieser nahm über sein Projekt Kontakt mit verschiedenen Kindern aus Kriegsgebieten auf und gründete den Chor.

Unterstützt werden sie dabei vom Jugendzentrumsleiter der Stadt Bad Fallingbostel Björn Fischer sowie dessen Team. Es wurde das Projekt ZUSAMMEN gegründet. Dieses beinhaltet verschiedene Veranstaltungen und Events in Niedersachsen, bei denen es um das ZUSAMMENKOMMEN von Einheimischen und Neubürgern geht.

Durchgeführt wurde die Veranstaltung in einem ansässigen Betrieb in Dorfmark, der zwei Syrer ausbildet. Beide Auszubildenden berichteten auch auf der Bühne über ihr neues Leben in Deutschland. Daniel, Sänger von Lucky Heart und Projektleiter von ZUSAMMEN freute sich insbesondere darüber, dass Bürgermeisterin Karin Thorey, Bad Fallingbostel, Landrat Manfred Ostermann, Heidekreis, sowie Alpetekin Kirci, Büro der Migrationsbeauftragten Doris Schröder-Köpf seiner Einladung folgten und einige Worte an die Gäste richteten.



Auch das Bündnis „Niedersachsen packt an“ war mit einem Infostand vertreten. Moderiert wurde der Event von Manuela Smith. Ein Schlusswort von Björn Fischer, Leiter des Jugendzentrum Bad Fallingbostel der Lucky Heart & the birds of peace, der das Event auch technisch und logistisch unterstützt hat, rundete die Veranstaltung ab.

Mehrere musikalische Auftritte sowie ein internationales Essen und eine Job- und Kontaktbörse rundeten das Event ab.

Das Event wurde gefördert von der Niedersächsischen Lotto-Sport-Stiftung.

Fotografin und Copyright: Kerstin B. Page

Veröffentlicht am [5. April 2017](#) Kategorien [Fundstücke](#), [Info-Service 03/2017](#)



Geflüchtete übergeben Solar-Experimentiersets an Kindergartenkinder

Kultusministerin Heiligenstadt informiert sich über neues Integrationsprojekt

Hilfe, von der alle profitieren: In Anwesenheit von Niedersachsens Kultusministerin Frauke Heiligenstadt haben an der Leonore Goldschmidt Schule in Hannover junge Geflüchtete selbst gebaute Solar-Experimentiersets an den Kindergarten Edenstraße übergeben.

Die fünf Sets waren in den vergangenen Wochen von acht Jugendlichen aus Syrien und dem Irak im Energie-LAB der Leonore Goldschmidt Schule im Rahmen des Projekts Kooperative Produktionsschule (KoPro) hergestellt worden. Federführend steht dahinter der gemeinnützige Verein Werk-statt-Schule. „Wir möchten die Chancen von jungen Geflüchteten auf Ausbildung bzw. Beschäftigung und damit auf eine nachhaltige gesellschaftliche Integration verbessern“, sagte Daniela Hadem-Kälber von der Werk-statt-Schule dieser Tage bei der Übergabe.

„Bildung und Arbeit sind die Erfolgsgaranten für die Integration“, erklärte die Niedersächsische Kultusministerin Frauke Heiligenstadt. Deshalb sei das vorgestellte Projekt eine gute Ergänzung zu den Sprach- und Integrationsmaßnahmen des Landes, „SPRINT“ und „SPRINT dual“. Heiligenstadt: „Aktiver Spracherwerb und Erfahrungen mit der Arbeitswelt stehen im Mittelpunkt und sind darauf ausgerichtet, dass den Jugendlichen und jungen Erwachsenen praktische Kenntnisse vermittelt werden. Das Engagement der Projektpartner kann so Perspektiven eröffnen und ist ausdrücklich zu würdigen.“

Das Projekt stellt ein niederschwelliges Angebot für junge Geflüchtete im Vorfeld von Berufswahl, Qualifizierung und Ausbildung dar. Die Schülerinnen und Schüler bilden eine heterogene Lerngruppe aus schulpflichtigen und nicht mehr schulpflichtigen Jugendlichen und Erwachsenen. Sie sind bis zu 27 Jahre alt und verfügen in der Regel über geringe Deutschkenntnisse. Aufgrund ihrer persönlichen Situation (bspw. Fluchthintergrund, fehlende Orientierung im deutschen Ausbildungs- und Beschäftigungssystem, fehlende Motivation zur Aufnahme einer Ausbildung in einem unbekanntem Ausbildungssystem) kann ein erheblicher Teil von ihnen noch nicht direkt in Ausbildung integriert oder im Rahmen einer berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahme qualifiziert werden. Im Rahmen dieses Projektes sollen die Teilnehmerinnen und Teilnehmer für eine Ausbildung oder für eine berufliche Qualifizierung motiviert und schrittweise an den Ausbildungsmarkt herangeführt werden. Weiterhin steht die Erweiterung ihrer auf die Berufs- und Arbeitswelt bezogenen Sprachkenntnisse im Fokus des Projekts.

Es sind sowohl acht Plätze für Jugendliche (SGB VIII, Jugendhilfe) als auch 16 Plätze für junge Erwachsene (SGB II, Jobcenter) vorgesehen. Im Bereich der Jugendhilfe kommen für das Angebot z. B. auch unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Frage: Neben der Erfüllung der Schulpflicht in Sprachlernklassen (z. B. in der Leonore Goldschmidt Schule) erhalten sie eine Berufsvorbereitung und berufliche Orientierung im Rahmen der Kooperativen Produktionsschule. „In diesem Projekt wird eine intensive Sprachbildung und Berufsorientierung auch für junge Menschen angeboten, die es ohne spezielle Unterstützung sehr schwer hätten, berufliche Chancen zu entwickeln. Insofern erhoffe ich mir von diesem KoPro-Projekt auch wichtige grundsätzliche Erfahrungen für eine erfolgreiche schulische und berufliche Integration von Schülerinnen und Schülern, die es aufgrund ihrer Sprachkenntnisse im herkömmlichen Unterricht schwer haben“, so Dr. Michael Bax, Leiter der Leonore Goldschmidt Schule.

Das Projekt startete im November 2016 und wurde zunächst für ein Jahr bewilligt. Danach ist eine Laufzeit von weiteren drei Jahren angestrebt. Finanziert wird KoPro durch das Jobcenter Region Hannover, die Region Hannover, proKlima, die Landeshauptstadt Hannover sowie die VHV Stiftung. Die genannten Institutionen evaluieren das Projekt im Rahmen eines Beirats und sind überzeugt von dessen Gelingen.

Foto: Pressestelle Niedersächsisches Kultusministerium

Veröffentlicht am [5. April 2017](#) Kategorien [Aktion des Monats](#), [Info-Service 03/2017](#)

Geflüchtete Frauen in Arbeit integrieren

Für geflüchtete Frauen sind die Hürden, in Deutschland einen Arbeitsplatz zu finden, besonders hoch. Anlässlich des internationalen Tags der Frauen beleuchtete die Regionaldirektion Niedersachsen-Bremen der Bundesagentur für Arbeit die Situation der 12.387 weiblichen Flüchtlinge, die derzeit in Niedersachsen als arbeitsuchend gemeldet sind (Land Bremen: 2.248).

Für BA-Landeschefin Bärbel Höltzen-Schoh ist die Integration von Flüchtlingen in Arbeit oder Ausbildung eines der Schwerpunktthemen des Jahres 2017: „Diese Aufgabe ist ohnehin sehr anspruchsvoll, da fehlende Deutschkenntnisse und berufliche Kompetenzen nicht über Nacht nachgeholt werden können. In der täglichen Arbeit mit den Frauen und Männern kristallisiert sich jedoch immer stärker heraus, dass die Ausgangslage für viele Frauen noch komplexer als für Männer ist. Sie bedarf einer besonderen Sensibilität und individueller Lösungswege. Dafür müssen alle Beteiligten eng zusammenarbeiten.“

Die Gründe für erschwerte Startbedingungen in Deutschland sind vielfältig. Viele der geflüchteten Frauen stammen aus Regionen, in denen ihnen aus politischen Gründen oder aufgrund von Kriegen ein Schulbesuch ganz oder teilweise verwehrt war. Hinzu kommt ein zumeist traditionelles Rollenverständnis, in dem der Mann als Versorger gilt und auf die Bildung von Mädchen weniger Wert gelegt wird. In Deutschland werden Frauen wie Männer mit einem völlig anderen Wertesystem konfrontiert.

Die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter sind sich der besonderen Lage vieler geflüchteter Frauen bewusst und entwickeln unterstützende Angebote, die vor Ort ganz unterschiedlich ausfallen können. Zum Beispiel werden Bildungsträger angehalten, Teilnehmerinnen bei der Organisation einer Kinderbetreuung zu unterstützen. Selbst wenn Kinderbetreuung vorhanden ist, fällt es vielen Frauen aber schwer oder macht ihnen sogar Angst, ihre Kinder fremden Menschen anzuvertrauen. Manche Mütter verzichten dann lieber auf einen Kurs. Bei Bedarf werden derzeit reine Frauen-Kurse eingerichtet, die erste Schritte Richtung Integration in Arbeit zum Ziel haben. Das Angebot „Perspektiven für weibliche Flüchtlinge“ ist gerade mit 288 Plätzen in verschiedenen Orten gestartet. Die Erfahrung zeigt, dass sich geflüchtete Frauen häufig nicht trauen, sich in Gegenwart von fremden Männern frei zu äußern. Ein geschützter Rahmen soll einen drei- bis sechsmonatigen Einstieg bieten, die hiesige Gesellschaft, den Arbeitsmarkt und die deutsche Sprache kennen zu lernen.

Veröffentlicht am [5. April 2017](#) Kategorien [Aktion des Monats](#), [Info-Service 03/2017](#)

Integrationsministerkonferenz in Baden-Württemberg: „Keine wertvolle Zeit verstreichen lassen – Integrationskurse sollen allen Asylbewerberinnen und -bewerbern offen stehen.“

Die Ministerinnen und Minister der Länder haben die Bundesregierung auf der diesjährigen Integrationsministerkonferenz in Baden-Württemberg auf Antrag Niedersachsens dazu aufgerufen, die Integrationskurse für alle Asylbewerberinnen und Asylbewerber sowie Geduldete, die einen nachrangigen Arbeitsmarktzugang haben, zu öffnen, dafür bedarfsgerechte Kapazitäten zu schaffen und den schnellen Zugang zu ermöglichen.

„Bislang werden Menschen, die später vielleicht ihr restliches Leben in Deutschland verbringen, teils über Jahre davon abgehalten, Deutsch zu lernen. Auch wenn sie aktuell keine gute Bleibeperspektive haben, sollten ihnen Integrationskurse und -maßnahmen nicht verwehrt werden“, betont Ministerin Cornelia Rundt. Bislang gehe wertvolle Zeit verloren, die später kaum oder nur mühsam aufgeholt werden könne.

Mit Blick auf die Diskussion um Teilhabe und Beteiligung, den demografischen Wandel sowie auch die Gewinnung von Fachkräften bietet die aktuelle Zuwanderung noch weitere ungenutzte Chancen für Deutschland als Einwanderungsland. Mit der wachsenden Zuwanderung verbinden sich aber auch besondere Herausforderungen an eine gelingende Integration. Daher muss die Teilhabe- und Beteiligungspolitik hier Schritt halten.

Veröffentlicht am [5. April 2017](#) Kategorien [Aktion des Monats](#), [Info-Service 03/2017](#)

Neue Förderrunde für Programm „Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt“ (FIFA) mit Schwerpunkt für geflüchtete Frauen

Im Rahmen des Programms „Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt“ (FIFA) läuft eine neue Förderrunde an. Über eine Laufzeit von maximal zwei Jahren stellt das Niedersächsische Gleichstellungsministerium bis zu drei Millionen Euro aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes zur Verfügung.

Der aktuelle Förderschwerpunkt „Arbeitsmarktintegration von geflüchteten Frauen“ ruft Bildungsträger, Kommunen, Kammern und Verbände dazu auf, Qualifizierungsprojekte für nichterwerbstätige Frauen zu initiieren, um ihnen einen gleichberechtigten Zugang zum hiesigen Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

Gefördert werden regionale Angebote, die geflüchtete Frauen – unabhängig von Herkunftsland und Bleibeperspektive – in ihrer Vielfalt unterstützen und dabei kulturelle und frauenspezifischen Aspekte berücksichtigen. „Auch Anträge für Modellprojekte sind erwünscht“, betont Gleichstellungsministerin Cornelia Rundt, „denn für ein Flächenland wie Niedersachsen sind innovative Ideen nötig.“

Projektträger können Förderanträge bis zum 28. April 2017 bei der Niedersächsischen Förderbank NBank (<http://www.nbank.de>) stellen.

Weitere Informationen sind auch auf der Internetseite des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung unter http://www.ms.niedersachsen.de/themen/gleichberechtigung_frauen/frauen_wirtschaft/fifaintegration/fifa—foerderung-der-integration-von-frauen-in-den-arbeitsmarkt-14226.html zu finden.

Bislang haben in Deutschland geflüchtete Frauen deutlich seltener eine Arbeit als geflüchtete Männer. Deshalb unterstützt die Landesregierung mit den langjährigen Arbeitsmarkt-programmen „Förderung der Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt“ (FIFA) und „Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft“ verschiedene Maßnahmen, um deren berufliche Perspektiven zu verbessern. Neben der aktuellen Förderrunde für FIFA für die Beantragung von Qualifizierungsprojekten für geflüchtete Frauen ist das die Unterstützung von acht der 25 „Koordinierungsstellen Frauen und Wirtschaft“: Sie erhalten seit Anfang dieses Jahres vom Niedersächsischen Gleichstellungsministerium jeweils 70.000 Euro zusätzlich für die Beratung geflüchteter Frauen. Die Projektlaufzeit beträgt zwei Jahre.



Landesmuseum Hannover – Ausstellung „Immer Bunter. Einwanderungsland Deutschland“

7. April 2017 bis 6. August 2017

Landesmuseum Hannover – Ausstellung „Immer Bunter. Einwanderungsland Deutschland“

Die Debatte um Geflüchtete und Asylsuchende erlebt gerade einen neuen Höhepunkt. Mehr als zwei Millionen Menschen sind im Jahr 2015 nach Deutschland gekommen. Einwanderung und deren Folgen sind in Deutschland aber kein neues Phänomen.

800 Objekte bilden die Facetten und Etappen der Einwanderung nach dem Zweiten Weltkrieg ab und erzählen Geschichten aus den unterschiedlichsten Perspektiven. Die Objekte sind Zeugen der vielfältigen Alltagskulturen und Weltbilder, aber auch der Spannungen und Konflikte im Einwanderungsland Deutschland. Die Ausstellung der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bildet die Diskussion um Integration und Assimilation ab und thematisiert Ansichten über Identität und Staatsangehörigkeit, den Umgang mit fremden Kulturen und Religionen, Parallelgesellschaften, Fremdenfeindlichkeit und Islamophobie.

Das Bündnis „Niedersachsen packt an“ wird im Rahmen der Ausstellung mit dem Landesmuseum zusammenarbeiten und sich am Ende des Ausstellungsrundgangs präsentieren.

Homepage: www.landessmuseum-hannover.de

Facebook: [facebook.com/landessmuseum.hannover](https://www.facebook.com/landessmuseum.hannover)

9. April 2017

Marathonfest „Vossfest 2017“

Das Fest findet statt rund um das Café Jeder Zeit in der Voßstrasse 53 und beginnt um 10.00 Uhr. Die Veranstalter versprechen eine große Tombolaverlosung mit tollem Hauptgewinn.

Nähere Informationen finden Sie [hier im Veranstaltungsflyer](#)

13. April bis 6. Juli 2017

Ringvorlesung: Flucht – Bildung – Integration? Bildungspolitische und pädagogische Herausforderungen von Fluchtverhältnissen

Derzeit sind über 60 Millionen Menschen weltweit gezwungen, ihre Herkunftsländer aufgrund von Krieg, Gewalt, sozialer Not und Verfolgung zu verlassen – die Hälfte davon sind jünger als 18 Jahre. Noch nie haben die Vereinten Nationen so viele Flüchtende verzeichnen müssen wie in diesen Jahren.

Etwa 90% der Geflüchteten leben in Ländern mit niedrigem oder mittlerem Einkommen, beispielsweise im Nahen Osten oder in Afrika. Nur relativ wenige befinden sich in Europa. Mit den zunehmenden Fluchtbewegungen entsteht Handlungsbedarf in den Aufnahmeländern, der um den Begriff der Integration kreist und gesamtgesellschaftliche Fragen aufwirft. Die Beantwortung dieser Fragen wird auf der politischen und institutionell-organisationalen Ebene Folgen haben und sich vor allem auf die Handlungsfelder des Sozialen sowie der Erziehung und Bildung auswirken.

Wie lassen sich Integrationsprozesse angesichts der Fluchtverhältnisse und -geschichten gestalten? Ist Integration eine Aufgabe, die nur einseitig von den Geflüchteten geleistet werden muss, oder geht es nicht vielmehr um eine gemeinsame und wechselseitige Verhältnisgestaltung, die sich macht- und vorurteilsreflexiv versteht und anknüpfend an die kritische Migrationspädagogik eine Neuausrichtung erfordert?

Diesen und weiteren Fragen soll in der Veranstaltungsreihe nachgegangen werden. Dabei werden Fachvorträge mit der Präsentation der Arbeit von Hilfseinrichtungen für Geflüchtete in besonderer Weise kombiniert.

Nähere Informationen finden Sie [hier im Veranstaltungsflyer](#)

24. April 2017

„Zuwanderung war schon immer – Niedersachsen auf dem Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft“

Die Landesbeauftragte für Migration und Teilhabe lädt zu einer Diskussionsveranstaltung „Zuwanderung war schon immer – Niedersachsen auf dem Weg zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft“ ein zu Montag, 24.04.2017, 19.00 Uhr, ins Landesmuseum Hannover herzlich ein. Die Einladung finden Sie hier: [Immer bunter](#)

Niedersachsen blickt auf eine mehr als 70-jährige Geschichte zurück, die maßgeblich von der Einwanderung von Millionen von Menschen geprägt ist. Was können wir aus den Erfahrungen der Vergangenheit lernen und welche neuen Ideen brauchen wir, um uns zu einer modernen Einwanderungsgesellschaft zu entwickeln? Die Ausstellung „[Immer Bunter. Einwanderungsland Deutschland](#)“ des Landesmuseums Hannover (7. April bis 6. August 2017) bietet Gelegenheit, über diese und weitere Fragen mit kompetenten Podiumsgästen zu diskutieren.

Anmeldung an: migrationsbeauftragte@stk.niedersachsen.de.

27. April 2017

„Flucht und Migration. Neue Wege gehen!“ – Fachtag und Bildungsmarkt für Lehrkräfte und Referent*innen

Am 27. April findet ein Fachtag für Lehrkräfte / Bildungsakteur*innen zum Thema „Flucht und Migration. Neue Wege gehen! Globales Lernen in der Praxis“ (Arbeitstitel) im Kulturzentrum Pavillon in Hannover statt. Die Veranstaltung wird durchgeführt vom Niedersächsischen Landesinstitut für schulische Qualitätsentwicklung (NLQ), dem Niedersächsischen Kultusministerium, dem Verein Niedersächsischer Bildungsinitiativen e.V. (VNB) und dem Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN) in Kooperation mit dem Netzwerk Globales Lernen in der BNE Bremen / Niedersachsen.

Ziel des Fachtags ist es, mittels Vorträgen, Workshops und einem Bildungsmarkt Lehrenden (insbesondere der Sek 1) und Referent*innen der außerschulischen Bildungsarbeit Hintergrundinformationen und Anregungen für die eigene Praxis zu geben.

Nähere Informationen finden Sie [hier im Veranstaltungsflyer](#)

8. Mai 2017

Regionale Konferenz in Uelzen

9. Mai 2017

Regionale Konferenz in Hildesheim

16. Mai 2017

Regionale Konferenz in Salzgitter

16. Juni 2017

„Folgen der Flucht für junge Geflüchtete“ in Osterholz-Scharmbeck

Nähere Informationen und Anmeldung finden Sie [hier im Veranstaltungsflyer](#)

17. Juni 2017

„Rassismus-Sensibilisierung für die Jugendarbeit mit geflüchteten Jugendlichen“ in Braunschweig

Nähere Informationen und Anmeldung [im Flyer](#)

24. August 2017

5. Integrationskonferenz „Gesellschaftliche Teilhabe“ in Hannover

Veröffentlicht am [5. April 2017](#) Kategorien [Ausblick und Termine](#), [Info-Service 03/2017](#)